



## Leistungen für Bildung und Teilhabe

### Bedarfsermittlung für Leistungsempfänger nach ALG II/ SGB XII/ AsylbLG Antragsvordruck für Leistungsempfänger nach WoGG/ BKGG

Leistungsberechtigte/r (für jedes Kind bitte einen eigenen Antrag/Bedarfsermittlung ausfüllen)

Name, Vorname des Kindes

Geburtsdatum

--	--

Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)

--

Name, Vorname des Erziehungsberechtigten

--

Telefon

E-Mail

--	--

Bankverbindung (Kontoinhaber)

--

IBAN

BIC

--	--

Das Kind bezieht Leistungen nach dem (Bitte jeweiligen Bescheid vollständig in Kopie vorlegen.)

- SGB II (Sozialgesetzbuch, Zweites Buch)     SGB XII (Sozialgesetzbuch, Zwölftes Buch)  
 AsylbLG (Asylbewerberleistungsgesetz)     Wohngeld (Wohngeldgesetz)  
 Kinderzuschlag (Bundeskindergeldgesetz)

Es werden folgende, tatsächliche Bedarfe mitgeteilt

- gemeinschaftliches Mittagessen**  
Bescheinigung 2a ist  beigefügt  wird nachgereicht
- Schul-/Kita-Ausflug, mehrtägige Klassenfahrt der nachfolgend genannten Einrichtung**  
Bescheinigung 2b ist  beigefügt  wird nachgereicht
- Lernförderung**  
Bescheinigung 2c ist  beigefügt  wird nachgereicht
- Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben**  
Bescheinigung 2d ist  beigefügt  wird nachgereicht
- Schulbedarf** (Bitte nur bei Leistungsbezug von Wohngeld und Kinderzuschlag!)  
Schülerinnen und Schüler erhalten für die Ausstattung des persönlichen Schulbedarfes jeweils zum 01. August bzw. im September eines jeden Jahres pauschal 100,00 Euro und zum 01. Februar eines jeden Jahres pauschal 50,00 Euro. Ab 2021 erfolgt eine jährliche Anpassung an den Regelbedarf. Diesen Antrag müssen nur Leistungsempfänger von Wohngeld und Kinderzuschlag zum jeweiligen Stichtag (01. August und 01. Februar) stellen. Bitte fügen Sie für Schülerinnen und Schüler unter 7 Jahren und über 15 Jahren eine Schulbescheinigung bei (Stichtag 01.08.).
- Schülerbeförderungskosten**  
Die Kosten für die Schülerbeförderung werden grundsätzlich von der Fachgruppe 40 bearbeitet. Welcher Personenkreis gegebenenfalls Anspruch hat und in welcher Höhe, ist in der Schülerbeförderungssatzung der Stadt Brandenburg an der Havel speziell geregelt. Wenn Sie solche Leistungen beantragen möchten, ist ein Antrag bei der hierfür zuständigen Fachgruppe 40 (Schule und Sport) der Stadt Brandenburg an der Havel zu stellen.

## Erklärung zum Datenschutz

Die Daten unterliegen dem Sozialgeheimnis. Ihre Angaben werden aufgrund der §§ 60 bis 65 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) und der §§ 67 a, b, c Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) für die Leistungen nach SGB II, SGB XII, Wohngeldgesetz, Bundeskindergeldgesetz und dem Asylbewerberleistungsgesetz erhoben. Mit der Weitergabe der persönlichen Daten an die im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets beteiligte Kindertageseinrichtung, Tagespflege, Schule oder anderen Leistungsanbietern bin ich einverstanden. Ein Widerruf der Erklärung ist jederzeit möglich.

Von den Datenschutzhinweisen habe ich Kenntnis genommen.

Ort/Datum

Unterschrift Leistungsempfänger oder gesetzlicher Vertreter

**(ohne Unterschrift werden Ihre persönlichen Daten nicht gespeichert und Ihr Antrag kann daher nicht entgegengenommen und bearbeitet werden.)**

## Pflicht zur Mitwirkung

Wer Sozialleistungen beantragt, muss nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) alle für die Sachverhaltsaufklärung erforderlichen Tatsachen angeben und die verlangten Nachweise vorliegen, andernfalls kann der Leistungsträger die Leistung nach § 66 SGB I ganz oder teilweise versagen.

Bitte überprüfen Sie, ob Ihre Angaben richtig und vollständig sind. Sie können damit zu einer beschleunigten Antragsbearbeitung und raschen Entscheidung beitragen.

Das Hinweisblatt über Leistungen zum Bildungs- und Teilhabepaket habe/n ich/wir erhalten und seinen Inhalt verstanden und zur Kenntnis genommen.

Wahrheitswidrige Angaben bzw. das Verschweigen von entscheidungserheblichen Tatsachen werden strafrechtlich verfolgt oder können nach § 63 SGB II als Ordnungswidrigkeit mit einem Bußgeld geahndet werden. Zu Unrecht empfangene Leistungen müssen zurückerstattet werden.

Ich versichere, dass die von mir/uns gemachten Angaben zutreffend sind und der Wahrheit entsprechen. Ich werde jede Änderung, die die oben beantragte Leistung betrifft (z.B. vorzeitige Beendigung des Leistungsbezuges nach dem SGB II, SGB XII, Wohngeldgesetz, Bundeskindergeldgesetz oder Asylbewerberleistungsgesetz, vorzeitiges Beenden der Inanspruchnahme usw.) der zuständigen Stelle unverzüglich und unaufgefordert mitteilen.

Ort/Datum

Unterschrift Leistungsempfänger oder gesetzlicher Vertreter